



DR. INGE GRÄBLE
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

PRESSEMITTEILUNG 6. Oktober 2004

Europäische Kommission empfiehlt Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Mit großer Sorge sieht die CDU-Europaabgeordnete Dr. Inge Gräble die heutige Empfehlung der EU-Kommission, den Staats- und Regierungschefs der 25 EU-Mitgliedsstaaten den Beginn von Beitrittsverhandlungen zur EU zu empfehlen. "Die Bedingungen der Kommission sind rein kosmetischer Natur", so Gräble. "Grundsätzlich stellt sich doch die Frage, ob die Aufnahmefähigkeit der EU nicht bereits jetzt an ihre Grenzen gelangt ist." Es sei ausgeschlossen, unter der gegebenen Arbeitsweise der EU über Beitritte dieser Größenordnung auch nur nachzudenken, so Gräble. "Niemand spricht von einer notwendigen Reform der EU-Institutionen, von einem schnelleren, intensiveren und effizienteren Miteinander. Stattdessen träumt die Kommission und manche europäischen Staatschefs davon: noch mehr, noch größer, noch weiter".

Gräble weist darauf hin, dass die Zahl der Landwirte sich mit einer Aufnahme der EU verdreifacht, das Wohlstandsgefälle verdoppelt. Die Türkei besitzt lediglich 15% der Wirtschaftskraft Baden-Württembergs. "Eine Aufnahme der Türkei bedeutet, dass eine riesige Wohlstandsumverteilungsmaschine in Gang gesetzt wird und zwar zu einer Zeit, in der die EU insgesamt wirtschaftlich unter Druck ist und ärmer wird". Jährlich werden 30 Mrd. Euro an Beitrittskosten fällig, die zum großen Teil von Deutschland aufgebracht werden müssten. Da die Türkei bereits erklärt habe, Sonderregelungen beim Zuzug ihrer Bürger in andere europäische Länder nicht akzeptieren zu wollen sei klar, dass gerade Deutschland mit einer erheblichen Zuwanderung bereits wenige Jahre nach dem Beitritt rechnen müsse. Bereits jetzt verlaufe die Integration der türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht zufriedenstellend.

"Eine Vollmitgliedschaft der Türkei ist eine strategische Fehlentscheidung von historischer Tragweite", so Gräble. Das Land sei trotz Fortschritten von einer Beitrittsfähigkeit weit entfernt. In der Umsetzung der Menschenrechte, der Meinungsfreiheit, der Frauenrechte und der Minderheitenrechte sei die Türkei zwar unter der jetzigen Regierung vorangekommen. Sie erfülle aber keinesfalls die politischen Kriterien, die eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen erlaubten.